



von Helmut Markwort

Die DDR war ein Unrechtsstaat – die Bürger waren die Opfer

Montag

Ziemlich genau zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR und kurz vor der Landtagswahl in Thüringen hat der dortige Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken noch einmal die Debatte um den Begriff Unrechtsstaat losgetreten.

Er will ihn nicht für die DDR, sondern nur für die Nazi-Herrschaft gelten lassen. Ins gleiche Horn stößt Manuela Schwesig von der SPD, die Mecklenburg-Vorpommern regiert, gleichfalls ein ostdeutsches Bundesland.

Sie sagte in einem Interview, der Begriff werde von vielen Menschen, die in der DDR gelebt hätten, als herabsetzend empfunden. Er wirke so, als sei das ganze Leben Unrecht gewesen.

Dazu schrieb ihr früherer Parteichef Sigmar Gabriel, die Bürger der ehemaligen DDR hätten jedes Recht auf Anstand und Respekt, dafür müsse man aber nicht den Unrechtsstaat der DDR-Diktatur sprachlich verniedlichen.

Dass Ramelow und Schwesig Bürger der DDR benutzen wollen, um billig Wäh-



DDR-Verniedlicher Die Ministerpräsidenten Schwesig (Schwerin) und Ramelow (Erfurt)

ler zu fangen, ist auch ein Beweis für Mangel an politischer Bildung.

Die beiden Führungsfiguren müssten die wegweisenden Reden kennen, die der prägende Verfassungsrichter und Bundespräsident Roman Herzog in Berlin und Leipzig zum Thema gehalten hat.

Er sagte in Leipzig: „Die DDR heute als Unrechtsstaat zu bezeichnen heißt nicht, ihre Bevölkerung in Mithaftung zu nehmen. Im Gegenteil: Sie war das Opfer. Und je schwieriger die Lebensumstände wurden, desto höher sind ihre Improvisationsfähigkeit im Alltag und ihr Wille zur Selbstbehauptung einzuschätzen.“

Die Reden sind nachzulesen. Die Opfer des Unrechtsstaats wurden erschossen, weil sie in Freiheit leben wollten. Sie saßen im Gefängnis, weil sie westdeutsche Zeitungen gelesen oder Witze über die SED-Diktatoren erzählt hatten. Sie leiden noch heute darunter, dass sie ihren Beruf und ihre Ausbildung nicht frei ausüben durften. Sie durften nicht frei und demokratisch wählen.

Die DDR war das Gegenteil eines Rechtsstaats. Dass der Thüringer Regierungschef Ramelow den Begriff Unrechtsstaat leugnet, kennzeichnet ihn als Vertragsbrecher.

Als er Ende 2014 eine Regierungskoalition mit der SPD und den Grünen abschloss, bestanden die beiden Partner darauf, dass in der Präambel ihres Vertrags der Begriff Unrechtsstaat festgeschrieben wurde. Diese Vereinbarung war eine Voraussetzung für die gemeinsame Regierung. Ramelow stimmte zu und unterschrieb.

Jetzt lernen die Wähler und seine Partner, dass er unseriös ist und sein Wort nicht hält.



Unvergessen im Film und auf der Bühne

Gustaf Gründgens als Mephisto und Will Quadflieg als Faust

Dienstag

Von der Regierung in Nordrhein-Westfalen ist manches Vernünftige zu hören, aber nicht aus dem Bildungsressort. Auf Empfehlung einer Kommission hat das Schulministerium die Lektüre von Goethes „Faust I“ ab 2021 aus dem Leseplan von Abiturienten gestrichen.

Das ist eine schmerzliche Entscheidung. Die Tragödie des deutschen Universalgenies Goethe enthält außer ihrer bemerkenswerten Sprache viele zeitlose Fragen und Konflikte, bei deren Diskussion Schüler ihre Gedanken und Gefühle vertiefen könnten. Es ist der Klassiker, der durchs Leben begleiten kann.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands ist „fassunglos“, und aus São Paulo meldet sich eine Fachzeitschrift mit der Bemerkung, Brasilianer würden eigens Deutsch lernen, um den „Faust“ in der Originalsprache lesen zu können.

Als Ausgleich könnten Lehrer mit ihrer Klasse eine Theateraufführung besuchen. Allerdings nur eine, deren Inszenierung Goethe noch erkennen lässt.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: dpa